

Kantonsratssitzung vom 29. Oktober 2009

Traktandum 11: Motion Egler/Spescha/Jans/Schuler betreffend Fachstelle für Gesellschaftsfragen (1727.1)

*Anrede*

Die Feststellung der SP-Kantonsräte ist zweifellos richtig: „Viele Aufgaben der modernen Gesellschaft sind komplexe Querschnittsaufgaben. Sie lassen sich nicht mehr isoliert betrachten und lösen.“ Und es ist den vier Profis aus dem Sozialwesen sicher nicht mangelndes Fachwissen vorzuwerfen. Vorstellbar ist auch ein gewisser Leidensdruck der Insider. Insofern muss man diesen Vorstoss ernst nehmen. Man darf ihn auch nicht einfach als simple politische Deklaration sozialen Politisierens abtun.

Allerdings ist aber nicht klar ersichtlich, was denn die Motionäre wirklich wollen bzw. worin diese Motion wirklich den zentralen Handlungsbedarf sieht. Liegt der Fokus mehr auf Kompetenzfragen zwischen den verschiedenen Amtsstellen bei Kanton und Gemeinde, die Querschnittsaufgaben zu erfüllen haben und diese nicht immer zur Zufriedenheit aller Beteiligten erledigen können? Oder liegt er mehr auf der schwierigen Steuerung von diversen mehr oder weniger privaten, kleinen und grossen Akteuren, die im Auftrag von Kanton und Gemeinden Aufgaben im Bereich Familie, Jugend, Alter, Integration, Behinderung und Gleichstellung erfüllen. Soll der Vorstoss letztlich in der Tendenz zu einer Verstaatlichung der vielen privaten und halbprivaten Einrichtungen in diesem Bereich führen? Wenn tatsächlich Erfahrungen mit mangelhaften Strukturen, Doppelspurigkeiten, Ineffizienzen dahinter stehen sollten, dann wäre eine klare, offene Benennung durch die Motionäre wichtig, damit man Massnahmen ergreifen könnte.

Die hohe Autonomie der Ämter in den verschiedenen Direktionen, wie wir es im Kanton Zug pflegen, birgt tatsächlich die Gefahr von schwacher Koordination in sich. Wir haben darauf auch in der „CVP-Motion für Einführung eines wirksamen Kontrollmechanismus über den Geschäftsgang in der kantonalen Verwaltung“ hingewiesen. In einem zunehmend grösseren Kanton ist die Koordination übergreifender Aufgaben eine Herausforderung für den Regierungsrat, die er aktiv, wir meinen aktiver, aber pragmatisch und mit Mass angehen muss.

Die CVP-Fraktion dankt dem Regierungsrat für seine Antwort und kann sie in ihren Grundaussagen und der Schlussfolgerung unterstützen. Insbesondere teilen wir seine Aussage, dass eine übergeordnete Stelle für die Querschnittsaufgaben des Kantons in Gesellschaftsfragen für den überschaubaren Kanton Zug unverhältnismässig wäre. Die Vernetzung der verschiedenen Akteure in diesem Bereich kann denn im Kanton Zug auch nicht eigentlich als Problem betrachtet werden. Die Gefahr von Ineffizienz und Reibungsverlusten durch eine weitere hierarchische Stelle ist hingegen nicht von der Hand zu weisen. Tatsächlich bestehen in unseren Augen schon genügend Werkzeuge der strategischen Steuerung und des Qualitätsmanagements gesellschaftspolitischer Fragen durch den Regierungsrat. Gesellschaftspolitisch relevante Themen, die tatsäch-

lich zu wenig oder zu unkoordiniert Beachtung finden, können auch ohne neue Fachstelle besser koordiniert und gesteuert werden.

Es ist bei dieser Gelegenheit auch festzuhalten, dass die verschiedenen privatrechtlich organisierten Akteure in diesem Bereich sehr gute Arbeit leisten, auch wenn ein koordinierender, planender und steuernder Überbau fehlt. Die vielerorts geleistete ehrenamtliche Tätigkeit und die rege Spendentätigkeit ist an sich schon ein Wert und stärkt unsere Gesellschaft. Sie ist auch finanziell für den Kanton Zug vorteilhaft. Die Leistungsvereinbarungen mit dem Kanton sind zwar ausreichend, aber nicht grosszügig ausgestaltet. Die privaten Institutionen mit einer kantonalen Leistungsvereinbarung müssen heute mit ihren Mitteln haushälterisch umgehen und erreichen dabei kaum das Lohnniveau der Verwaltung. Auch in der Konkurrenz unter den Fachstellen sehen wir mehr Vorteile als Nachteile. Diese fördert auch gute Leistungen dieser Institutionen und innovatives Denken.

Wichtig ist uns auch die Feststellung, dass ein Vorteil des Zuger Modells darin besteht, dass Fachwissen und Erfahrungen aus dem Tagesgeschäft direkt in die Qualitätsentwicklung der Institutionen einfließt. Ein Abziehen von Fachleuten aus den Direktionen und Institutionen würde diese unnötig schwächen. Eine grössere Distanz von konzeptioneller, strategischer Arbeit von der Frontarbeit wäre eine Folge, die nicht wünschbar ist.

Zusammenfassend gesagt unterstützt die CVP-Fraktion den Antrag der Regierung, diese Motion nicht erheblich zu erklären. Mehr Koordination und strategische Steuerung und eine bessere Nutzung von Synergien in wichtigen Querschnittsaufgaben wäre aber wichtig. Das Engagement des Regierungsrats für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, wie er es und viele private Trägerschaften bereits schon pflegen, ist ebenfalls richtig. Regelmässig müssen auch die Zusammenarbeit mit privaten Leistungserbringern überprüft und allfällige Doppelspurigkeiten abgebaut werden. Allfällige Ressourcenverlagerungen sollten dabei kein Tabu sein. Der Fokus muss auf der Zielerreichung und der Qualität liegen. Dafür reichen die heutigen Möglichkeiten aus.